GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären

Graf, Patricia; Schneider, Silke; Wilde, Gabriele

2017

https://doi.org/10.25595/3509

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Graf, Patricia; Schneider, Silke; Wilde, Gabriele: *Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 26 (2017) Nr: 1, 70–87. DOI: https://doi.org/10.25595/3509.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i1.05

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE
UNIVERSITÄT
BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären

PATRICIA GRAF. SILKE SCHNEIDER. GABRIELE WILDE

Der Blick auf derzeitige politische Entwicklungen nicht nur innerhalb Deutschlands offenbart ein Erstarken rechtsautoritärer Bewegungen und Parteien sowie eine starke Stimmungsmache gegen „etablierte" Politik und repräsentative Demokratie. Die Legitimation von Politik fällt nicht nur in scheinbar althergebrachte Denkmuster nationaler Überschaubarkeit und Stärke zurück, sondern führt zu einer Modifikation der Vorstellungen legitimer demokratischer Ordnung, wie sie beispielsweise im Begriff der „gelenkten Demokratie" (Russland) oder der Orientierung auf autoritäre, präsidentielle Ordnungen (Türkei, Ungarn) formuliert werden. Auch der Antiparlamentarismus der neuen Rechten oder „rechtsbürgerliche" Bewegungen wie die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands" (Pegida) und die Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) sind Teil dieser Entwicklung.
Die Renaissance autoritärer Diskurse und Praxen hat erhebliche Effekte für die Konstitution von Geschlechterordnungen. Doch wie transformieren autoritäre Diskurse und kulturelle, symbolische und ökonomische Praxen gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse? Wie lässt sich das Autoritäre in feministisch-politikwissenschaftlicher Hinsicht erfassen?
Zur Beantwortung dieser Fragen zeigen wir in einem ersten Schritt, dass und inwiefern in aktuellen Ansätzen der Rechtspopulismus- und Autokratieforschung der Fokus auf staatliche Herrschaftsinstitutionen, Regierungsapparate und politische Entscheidungsprozesse gerichtet wird und es aus einer feministisch-politikwissenschaftlichen Perspektive einer gesellschaftstheoretischen Erweiterung bedarf, um die autoritäre Einschreibung geschlechtlicher Machtverhältnisse in nationale Gesellschaften konzeptionell erfassen zu können. Kern bildet ein Verständnis des Autoritären als ein Handlungsprogramm, das universalistische Werte der Gleichstellung und Gerechtigkeit aufgreift und diese als Instrumente für Diskriminierung und Ausbeutung in der Verknüpfung unterschiedlicher Diskurse und Praxen umdeutet. Wie liberale Positionen und Argumente für die Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Frauen in Zusammenhang mit einer Politisierung kultureller und ethnischer Konfliktlinien genutzt werden, zeigt der Beitrag exemplarisch an zwei unterschiedlichen Fallbeispielen zur Konstruktion und Normalisierung autoritärer Geschlechterdiskurse. So wird in einem zweiten Schritt am Beispiel des vorläufigen Parteiprogramms der AfD zum einen die Konstruktion autoritärer Geschlechterdiskurse anhand von Identitätsangeboten und den Leitbildern zu Familie und Geschlechterverhältnissen deutlich gemacht. In einem dritten Schritt wird zum anderen am Beispiel der Transitionsgesellschaft Chiles gezeigt, über welche Praxen die Normalisierung autoritärer Diskurse erfolgt und wie zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen für demokratische Öffnungs- und Schließungsprozesse instrumentalisiert werden. Das Fazit fasst die Merkmale des Autoritären als geschlechtliches Machtdispositiv zusammen.

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i1.05

Geschlechterverhältnisse in politischen Diskursen und Praxen des Autoritären

In einer Zeit, in der politischer und politikwissenschaftlicher Mainstream eisern an den Errungenschaften moderner Demokratiemodelle als Bollwerk gegen rechtspopulistische Entwicklungen festhalten (Müller 2016) und diese allenfalls als „Totengräber" oder aber nützliches Korrektiv repräsentativer Demokratie reflektiert werden (Hartleb 2012; Decker 2006), entwickelt sich gleichzeitig in unterschiedlichen Diskursen und Praxen eine neue Form des Autoritären, die scheinbar unbeachtet für eine begriffliche Aushöhlung demokratischer (Geschlechter-)Verhältnisse sorgt und geschlechtliche Machtverhältnisse in die Gesellschaften neu einschreibt.

Während die politische Ordnung und das demokratische Parteienspektrum Normen wie Minderheitenschutz, Chancengleichheit und das Recht auf Asyl als demokratische Errungenschaften weiterhin verteidigen, befinden sich demokratische Verhältnisse sowie ein Teil der Mentalitäten und Subjekte schon seit längerem auf gesellschaftlichen Abwegen hin zu einer Tyrannei männlicher Mehrheiten, deren Selbstbewusstsein vorwiegend aus der Unterdrückung von Frauen, Verachtung von Muslimen, Diskriminierung von Angehörigen anderer Kulturbereiche und Ethnien, der Ausgrenzung von Fremden und der Diffamierung von Homosexuellen gespeist wird. Jenseits der (rechts-)populistischen Verleumdung repräsentativer Demokratien und ihrer politischen AkteurInnen mit Metaphern vom wahren und guten Volk, das endlich wieder zu seinem Recht kommen soll und muss, zeigt sich auf der gesellschaftlichen Ebene die Wirkmächtigkeit des Autoritären in vielfältiger Form: Zunehmend zerstört es die Pluralität im öffentlichen Raum, manipuliert und vereinnahmt zivilgesellschaftliche AkteurInnen, beschwört die Familie als Keimzelle, als ordnungspolitische Instanz, als Urbild, Kollektiv und wahre Quelle der sittlichen politischen Gesellschaft sowie als Ort und Reich der tüchtigen, tugendhaften Frauen (Kreisky/Löffler 2003). Damit werden zahlreiche Tabus gebrochen, die mühsam in diskursiven Verfahren der Deliberation mit der Verpflichtung zu sachlicher Argumentation und Konsensbildung errichtet wurden und als verbürgt galten.

Während demokratische Politik und Wissenschaft – freilich aus gutem Grund – an diesen Errungenschaften festhält und mit Verweis auf eine allenfalls „innere strukturelle Logik" (Müller 2016, 71), welche die RechtspopulistInnen an- und umtreibe, so tut, als stünde die Demokratie noch in bester Ordnung, verleiht die demokratische Gesellschaft Normen der Solidarität, Menschenwürde und Gleichberechtigung in gesellschaftlichen Deutungs- und Machtkämpfen schon längst ihren jeweils eigenen (Un-)Sinn.

Dieses Spannungsfeld zwischen den demokratischen Institutionen einerseits, die im konstitutionellen Rahmen festgezurrt scheinen und einer Gesellschaft andererseits, deren Verfasstheit sich mit Foucault (2000, 2001) anhand von kontingenten Macht- und Ungleichheitsverhältnissen beschreiben und analysieren lässt, wird gegenwärtig

im politikwissenschaftlichen Diskurs allenfalls von poststrukturalistischen Ansätzen vermessen und beleuchtet.

Die Behauptung, dass nicht nur die Aushöhlung der Demokratie, sondern auch deren Instituierung aus der Gesellschaft selbst hervorgeht, und zwar – wie Antonio Gramsci (1991) deutlich macht – in Form von Deutungskämpfen, über die sich bestimmte gesellschaftlich-politische Kräfte als hegemoniale Macht formieren, stellt nicht nur die gegenwärtig dominante Frage nach der Wehrhaftigkeit demokratischer Institutionen und Politik sowie nach geeigneten Verfahren für die Re-Demokratisierung der Gesellschaft auf den Kopf. Vielmehr beruht sie auf einem Verständnis des Politischen, das etwas Anderes als Souveränitätsverhältnisse und Formen von Herrschaft meint, die von den politischen Eliten und AkteurInnen auf die BürgerInnen ausgeübt wird. Verweist Letzteres allenfalls auf den Bereich, in dem Politik in ihrer institutionalisierten Form im Rahmen von Verfahren und Inhalten stattfindet, ist im Gegensatz dazu das eigentlich Politische – etwa bei Chantal Mouffe (2000, 2004), Jacques Rancière (2002, 2015) sowie Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek (2013) – in einer grundsätzlich differenten, antagonistischen Beschaffenheit der Gesellschaft angelegt: Demnach bilden die Asymmetrie ungleicher Beteiligungs- und Partizipationschancen, soziale und ökonomische Ungleichheitslagen, plurale Subjektformationen und -positionen sowie geschlechtliche Machtverhältnisse die unumgehbare Grundlage für eine agonale, demokratische Politik, über die sich Gesellschaften in Form politischer Institutionen, kultureller wie auch symbolischer Praxen sowie hegemonialer Diskursen als spezifische, politische Machtordnungen konstituieren.

Mit dieser Umdeutung des Politischen sind die Konsequenzen eines genuin gesellschaftstheoretischen Ansatzes in zweierlei Hinsicht auch für eine feministisch-kritische Autokratieforschung (Wilde/Schneider 2012) von zentraler Bedeutung: Erstens lassen sich mit Bezug auf die Begriffe von Macht, Herrschaft, Ungleichheitsverhältnissen und Ökonomie (Boris 2016) rechtspolitische Entwicklungen als dezidiert autoritäre Politik erfassen. Unter Anerkennung, dass „(t)otalitarianism treats real people as virtual entities“ (Žižek 2011, 136) „as raw material to be transformed“ (Şerban 2014, 21) wird eine Leerstelle des Rechtspopulismus-Konzepts gefüllt, die der Fokus auf den exzessiven Gebrauch der Volksmetapher in feindlicher Abgrenzung zu einer politischen und ökonomischen Elite (Decker 2006, 12), auf eine tabubrechende Rhetorik und charismatische Führerfigur (Hartleb 2012, 27f.) hinterlassen hat, ohne auch nur im Ansatz den autoritären Charakter dieser Entwicklungen zu benennen. Denn in dem Maße, wie auf der einen Seite der Rechtspopulismus und -extremismus sich seit Jahrzehnten als eine weltweite und weitreichende Regierungsrationalität etabliert und als Gefährdung moderner Demokratien in Erscheinung tritt, beraubt auf der anderen Seite das Autoritäre die Gesellschaft ihrer politischen Grundlagen, indem universalistische Werte nicht länger als Waffen für den Kampf um Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gelten, sondern als Instrumente für Diskriminierung, Ausgrenzung, Misstrauen und Verachtung umgedeutet werden (Rancière 2015, 42).

Diskursive Konstruktion wie auch Praxen der Normalisierung bilden dabei die zwei Seiten des Autoritären: In der Verschränkung liberaler Argumente mit antifeministischen, rassistischen, antimuslimischen und migrations- und sicherheitspolitischen Diskursen wird so letztendlich die differente, plurale Natur als Wesensmerkmal politischer Gesellschaften geleugnet, der demokratische Streit um Deutungsmacht mit vorzeitigen Ideologemen abgeschafft, Subjekte in ihren „natürlichen" und von homophoben Vorstellungen geprägten Schranken verwiesen und Machtverhältnisse entlang eines scheinbaren konservativen Wertekonsenses auf Dauer gestellt.

Zweitens birgt dieses gouvernementale Verständnis des Autoritären als eine gesellschaftliche Machtformation für einen feministischen Forschungsansatz weitreichende Perspektiven, insofern nunmehr die Effekte und Wirkungen autoritärer diskursiver Praxen für die Einschreibung eines hegemonialen geschlechtlichen Machtdispositivs in den Blick genommen werden können. Dabei geraten im Rahmen eines feministischen Analyserasters (Wilde 2017; 2012b) mit a) der organisierten Zivilgesellschaft, b) der politischen Öffentlichkeit, c) der familialen Privatheit drei zentrale gesellschaftliche Bereiche in den Blick, in welchen sich die Konstituierung und Normalisierung autoritärer Diskurse vollzieht.

Die Bedeutung der organisierten Zivilgesellschaft ergibt sich dabei einerseits mit einem an Alexis de Tocqueville (1985) orientierten Verständnis, wonach zivilgesellschaftliche Organisationen für die Ausbildung einer spezifischen bürgergesellschaftlichen Konstitution und Kultur und damit für die Umsetzung der Demokratie als Lebensform zentral sind. Die Zivilgesellschaft als Schule der Demokratie wird in dieser Auffassung zum Gegenmodell autokratischer, autoritärer und totalitärer Herrschaftsformen insofern, als mit der Ausübung politischer Handlungsfreiheit wirksame Schranken sowohl gegen die autoritären Versuchungen des Staates wie auch gegen die tyrannischen Zumutungen von Mehrheiten gesetzt sind. Andererseits trägt die organisierte Zivilgesellschaft für Antonio Gramsci (1991) auch dazu bei, den Ideenhorizont einer Gesellschaft maßgeblich mitzubestimmen und im Hinblick auf die Persistenz von Machtverhältnissen Status-quo stabilisierend zu wirken. In diesem Verständnis schließlich zeigt sich das Autoritäre als Umdeutung liberaler Werte und Normen anhand unterschiedlicher Diskurse, Maßnahmen und Praxen, welche die Selbstbestimmung von Frauen in zivilgesellschaftlichen Organisationen einschränken und/oder den Einfluss und die Mitwirkungschancen von Frauenorganisationen beschränken.

Die Rolle der politischen und medialen Öffentlichkeit für die Einschreibung geschlechtlicher Machtverhältnisse hingegen ergibt sich mit dem zentralen Begriff der Pluralität von Hannah Arendt (1993, 227) als Bedingung für menschliches Handeln und Machtausübung. Mit ihrem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" (1991) konzipiert Arendt die plurale Öffentlichkeit als Wesensmerkmal des Politischen und als Gegenmodell zur totalen Herrschaft in faschistischen und stalinistischen Regimen. In der Zerstörung eines politisch-öffentlichen agonalen Raums der Handlungsfreiheit durch eine einheitliche, totale Rhetorik und unter Berufung auf ein

privilegiertes Wissen in Form der Ideologie sah sie den Wesenskern autoritärer und autokratischer Systeme (Wilde 2012a). Ableitend davon besteht das Autoritäre in einer Begrenzung und Entpolitisierung politischer Öffentlichkeit, die letztendlich zu einer Zerstörung der Pluralität in der Öffentlichkeit und einer Verminderung der Urteilsfähigkeit der BürgerInnen führt. Über eine Abgrenzung von „‚the people' versus ‚the elite' and associated Others", über Logiken der Dramatisierung, Polarisierung und Generierung von Konflikten „towards intensification and simplification" sowie über Strategien der Personalisierung, Stereotypisierung und Emotionalisierung (Moffitt 2016, 77), wird die mediale Öffentlichkeit zur Bühne für Geschlechterdiskurse, die auf die Konstruktion traditioneller Geschlechterstereotypen zielen und dabei insbesondere mit einer Ideologisierung der Familie einhergehen.
Die Bedeutung der familialen Privatheit für die politische Organisation gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse und deren Festschreibung als Macht- und Herrschaftsverhältnisse zeigt sich nicht zuletzt an den Erkenntnissen von Carole Pateman, die mit ihrem Buch „The Sexual Contract" (1988) den Stellenwert des Privaten – speziell in der institutionellen Form von Ehe und Familie – für die Geltung staatsbürgerlicher Rechte herausgearbeitet hat. So ist für sie „Unterwerfung der Frauen im Privatbereich" konstitutiv für die liberale Vorstellung und Geltung einer „öffentliche(n) Welt von Zivilrecht, bürgerlicher Freiheit, Gleichheit, Vertragsfreiheit und Individuum" (Pateman 1994, 85). Inwiefern die Geltung staatsbürgerlicher Handlungsfreiheit und politischer Teilhabe von Frauen über rechtliche Regelungen, über wertkonservative Familienbilder und die diskursive Konstruktion dichotomer, homophober Geschlechterrollen als zentrale Merkmale des Autoritären betroffen sind, wird im Folgenden am Beispiel der Konstruktion von autoritären Identitätsangeboten und Leitbildern zu Familie und Geschlechterverhältnissen im Parteiprogramm der AfD verdeutlicht.
Im Vergleich dazu zeigt die Normalisierung autoritärer Geschlechterdiskurse im chilenischen Transitionsprozess, inwiefern das einheitliche, antipluralistische, restriktive, totalitär heteronormative Prinzip, unter welchem autoritäre Diskurse die Gesellschaft adressieren, Züge eines politischen Stils aufweist (Moffitt 2016, 43ff.), der auf der Konstruktion von Feindbildern beruht und nicht – wie etwa in der poststrukturalistisch-radikaldemokratischen Perspektive (Laclau/Mouffe 1991) – dadurch zustande kommt, dass sich BürgerInnen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Belangen vor dem Hintergrund ihrer ungleichen Machtpositionen als GegnerInnen anerkennen und vor dem Hintergrund bestehender Macht- und Ungleichheitsverhältnisse die daraus entstehenden Konflikte öffentlich thematisieren und diskutieren (Wilde 2014).

Die Konstruktion geschlechtlicher Identitätsangebote und Familienleitbilder in der diskursiven Praxis des Autoritären

Wie der Familie in autoritären Diskursen und Praxen als Sozialisationsinstanz und für die Reproduktion traditioneller Geschlechterrollen eine wichtige Funktion in der Legitimation und Stabilität autokratischer Politik zukommt, ist Gegenstand

zahlreicher Studien der Autoritarismus- und Totalitarismusforschung (für einen aktuellen Überblick: Hinterhuber/Schneider 2017; Schneider 2014). Dennoch bleiben Fragen, wie und in welcher Form genau mittels autoritärer Politik eine Politisierung der Privatheit bzw. eine Familialisierung der Politik erfolgt und damit Geschlechterverhältnisse als Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Form von Ideologien und durch spezifische Identitätspolitik konstituiert, gefestigt und gerechtfertigt werden, bis heute ein Desiderat politikwissenschaftlicher Forschung. Im Folgenden wird danach gefragt, welche autoritären Ordnungsvorstellungen in der Programmatik der AfD für Frauen attraktiv gemacht werden und welche Bedeutung, Rolle und Funktion der Familie und Privatheit in autoritären Praxen und Diskursen anhand dieses Beispiels aufgezeigt werden können. Hierzu werden programmatische Dokumente und das Parteiprogramm sowie der Wortlaut einzelner programmatischer Wahlkampfpositionierungen der Partei analysiert und zusätzlich erste Studien zu Entwicklung und WählerInnen und UnterstützerInnen der Partei herangezogen.

Angesichts der Wahlerfolge und des Engagements von Frauen beispielsweise für die AfD zeigt sich, dass autoritäre Ordnungsvorstellungen und traditionelle Familienbilder auch für Frauen attraktiv sind. Dies ist historisch gesehen nichts Neues – bereits im Kaiserreich etablierten sich reaktionäre „Vaterländische Frauenvereine" (Planert 2000). Die Frage, wie diese politische Positionierung und das politische Engagement von Frauen im konservativen und extrem rechten politischen Spektrum einzuordnen seien, begleitet die Forschung zu Frauenbewegungen von Beginn an und sie verursacht bis heute „Unbehagen" (Goetz 2016). Dass rechte und autoritäre politische Orientierungen nicht an das Geschlecht gebunden sind, zeigt ebenfalls von Beginn des allgemeinen und gleichen Wahlrechts an auch das Wahlverhalten von Frauen. Die AfD weist mit knapp 16% zwar den niedrigsten Frauenanteil unter den Mitgliedern bei den politischen Parteien auf, die zurzeit in Landesparlamenten vertreten sind (Siri/Lewandowsky 2015, 6). Über das Wählerinnenpotenzial gibt es noch keine belastbaren Daten. Allerdings liegt es nach den Erfolgen der AfD bei den Landtagswahlen deutlich höher als die in Umfragen ermittelten Anteile weiblicher Sympathisanten der Partei (ebd.). Insgesamt scheinen die Anhängerinnen der AfD deutlich konservativ und wirtschaftsliberal eingestellt, vertreten aber in familienpolitischen Fragen auch von den männlichen Sympathisanten abweichende Positionen, etwa beim Adoptionsrecht für Homosexuelle – deutlich mehr Männer als Frauen wollen das Adoptionsrecht weiterhin auf heterosexuelle Paare beschränkt sehen (Siri/Lewandowsy 2015,11). Zentrales Argument der Partei in familien- und gleichstellungspolitischen Fragen ist eine „simple Wahrheit" – so ein Slogan der Partei, nämlich die der naturgegebenen Unterschiede zwischen den Geschlechtern – „Gender-Wahn stoppen. Simple Wahrheit: Mann und Frau sind verschieden" (zit.n. Siri/Lewandowsy 2015, 16). An dieser Stelle bedarf es im Grunde keinerlei Kommentierung mehr. Bis hin zur Wortwahl wird hier die Vereinfachung politischer Zusammenhänge als Kennzeichen populistischer Mobilisierung deutlich. In den als

vorläufiges Parteiprogramm der AfD formulierten „Leitlinien“ heißt es folglich in Bezug auf Gleichstellungspolitik:

> Die AfD strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter an und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Die AfD lehnt aber geschlechtsbezogene Quoten im Berufsleben und eine Politik, die auf die *Aufhebung der Geschlechteridentitäten* zielt, ab. Allein Eignung, Befähigung und Leistung dürfen Entscheidungskriterien sein. Die AfD steht für Chancengleichheit, nicht für Ergebnisgleichheit (AfD 2014, 6; Herv. PG/SiS/GW).

Hier wird neben der Orientierung an vermeintlich natürlichen und damit unhinterfragbaren Geschlechterdifferenzen eine spezifische Anknüpfung an den liberalen Wert der Chancengleichheit deutlich – in diesem Sinne hieße Chancengleichheit nicht mehr, unterschiedliche Ausgangsbedingungen anzugleichen, sondern diese als Legitimation von Ungleichheit heranzuziehen.
Die familienpolitischen Vorstellungen werden wiederum mit explizit bevölkerungspolitischem Akzent folgendermaßen formuliert:

> Nicht nur aus Gründen der Nachhaltigkeit sorgen wir uns um die negative Bevölkerungsentwicklung unseres Landes. (…) Die Alternative für Deutschland möchte junge Menschen ermutigen, eine Familie zu gründen und sie setzt sich für eine familien- und kinderfreundliche Gesetzgebung ein (AfD 2014, 10).

Ehe und Familie gelten als „Keimzelle“ der „bürgerlichen Gesellschaft“ (AfD 2016, 40). In Verbindung mit dem Plädoyer gegen Einwanderung (s.u.) – es geht um deutsche Familien und deutsche Kinder – knüpft das Programm der AfD demnach an konservative und nationalistische Wertvorstellungen an; damit ist eine programmatische Abgrenzung von Familienbegriffen verbunden, mit denen versucht wird, den traditionellen, an die Ehe gebundenen Familienbegriff zu erweitern, gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen und alternative Lebensentwürfe anzuerkennen, wie z.B. Patchwork- oder Regenbogenfamilien. Zwar heißt es in den Leitlinien von 2014 noch:

> Die AfD steht für eine eltern- und kinderfreundliche Politik, die *Menschen mit Familien – unabhängig von ihrem Lebensentwurf* – so gut wie möglich unterstützt. Die Ehe zwischen Mann und Frau ist familienpolitisch wünschenswert (AfD 2014, 10, Herv. PG/SiS/GW).

Die zunehmend konservative Orientierung der Partei wird jedoch deutlich, wenn diese Passage aus dem Jahr 2014 mit dem aktuellen Parteiprogramm von 2016 kontrastiert wird. Das Parteiprogramm vereinheitlicht zuvor durchaus heterogene familienpolitische Entwürfe und verfolgt eine konservative geschlechter- und familienpolitische Agenda (Kemper 2014, 31). Werden dort noch unterschiedliche Lebensentwürfe als Möglichkeit genannt, heißt es hier:

> Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagsschulen, die Umsetzung des ‚Gender-Mainstreaming‘-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertegebende ge-

> sellschaftliche Grundeinheit. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die ‚nur' Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt. Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur *traditionellen Familie als Leitbild*. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt (AfD 2016, 41, Herv. PG/SiS/GW).

Die „gemeinsame Verantwortung" der Eltern bedeutet hier, dass Väter und Mütter innerhalb traditioneller Geschlechterrollen komplementär Verantwortung für Kinder und Familie übernehmen. Die Lebensform der traditionellen Ehe und Familie wird als bedroht angesehen, das Wohl von Kindern unmittelbar mit traditionellen Lebensformen verbunden:

> Es sollte wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und möglichst viel Zeit mit diesen zu verbringen. Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom „Gender-Mainstreaming" propagierte *Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen* anstoßen. Kinder sind kein karrierehemmender Ballast, sondern unsere Zukunft. Wenn ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung (AfD 2016, 41, Herv. PG/SiS/GW).

Mit dieser Programmatik wird die Absicht eines geschlechterpolitischen „Roll-Back" formuliert, die sowohl für die Familienformen als auch für die Geschlechterrollen eine Orientierung an einer traditionellen, vermeintlich natürlichen Ordnung vorsieht. Verknüpft wird diese Programmatik mit Bedrohungsszenarien und Auflösungsmetaphern wie „Masseneinwanderung", „Aufhebung von Identitäten" und „Stigmatisierung". Damit wird der Positionierung der AfD eine Alleinstellung und Widerständigkeit attestiert, die sich von herkömmlichen konservativen Positionen unterscheiden soll. Damit ist geradezu beispielhaft die Ablehnung gesellschaftlicher Pluralität in Bezug auf Familienformen und gesellschaftliche Handlungsräume von Frauen und Männern – und damit ein Kernelement des Autoritären – verbunden. Mit der Forderung nach einer Verschärfung des Abtreibungsrechts wird die Handlungsfreiheit und die körperliche Selbstbestimmung von Frauen zur Disposition gestellt – eine „Willkommenskultur für Ungeborene" wird gegen die Abtreibung aufgrund sozialer Indikation als nur vorgebliches „Menschenrecht" in Stellung gebracht (AfD 2016, 44).

Die Re-Etablierung traditioneller Geschlechterrollen und Familienbilder ist nicht ungebrochen – davon zeugt, dass in der familienpolitischen Programmatik der AfD die Unterstützung von Alleinerziehenden und das geteilte Sorgerecht beider Eltern nach einer Trennung weitere Schwerpunkte darstellen. Gleichzeitig wird deutlich gemacht, dass eine Trennung von Ehe und Familie als Fehlentwicklung zu betrachten sei, deren negative Folgen der politischen Bearbeitung bedürften: „Wir wenden uns entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und Politik, Einelter-

familien als fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren“ (AfD 2016, 44).
Zusätzlich wird die familienpolitische Positionierung mit einer klaren nationalistischen Ausrichtung verknüpft – denn es geht nicht um Familien an sich, sondern explizit um deutsche Familien. Mit der Parole „(m)ehr Kinder statt Masseneinwanderung“ (AfD 2016, 41) soll den demographischen Herausforderungen, hier als „demographische Fehlentwicklungen“ (ebd.) bezeichnet, begegnet werden. Damit verschränkt die politische Programmatik der AfD asymmetrische gesellschaftliche Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern, Deutschen und Eingewanderten und verstärkt diese diskursiv, indem „Masseneinwanderung“ und demographischer Wandel als Bedrohung formuliert werden.
Unter dem Punkt „Nein zu ‚Gender-Mainstreaming‘ und Frühsexualisierung“ heißt es im Parteiprogramm:

> Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch ‚korrigiert‘ werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab. Ebenso fordert die AfD, keine Frühsexualisierung in Krippen, Kindergärten und an den Schulen zuzulassen und die Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen (AfD 2016, 55).

Von Krippen und Kindergärten ist also durchaus noch die Rede, so dass eine ungebrochene „Zurück an den Herd“-Haltung hier nicht unterstellt werden kann. Allerdings verweist die Propagierung des „klassischen Rollenverständnisses von Mann und Frau“ mit seinen festen Rollenmustern auf das Geschlechterverhältnis als Machtverhältnis, das nicht in Frage gestellt, sondern gefestigt werden soll. Zum „klassischen Rollenverständnis“ gehört letztlich die Rolle des Vaters als Familienernährer und Familienoberhaupt.
Quotenregelungen werden als „leistungsfeindlich“ und „ungerecht“ (AfD 2016, 56) abgelehnt. Nicht zuletzt zieht die Partei gegen die „‚geschlechterneutrale‘ Umgestaltung der deutschen Sprache“ (AfD 2016, 55) ins Feld. Die Betonung der Chancengleichheit als Gerechtigkeitskonzept entspricht der wirtschaftsliberalen Ausrichtung des Programms. Gleichzeitig ist hier ein Widerspruch erkennbar, denn das Programm richtet sich auch gegen Individualisierungstendenzen moderner Gesellschaften.
Unerwähnt bleiben die Machtverhältnisse, die durch den Bezug auf traditionelle Geschlechterverhältnisse ebenfalls (re)-etabliert und neu verstärkt werden. Die Beschränkung von Handlungsräumen in und jenseits der Familie, die sich für Frauen aus den geforderten Gesetzesänderungen ergeben würde, und die Ablehnung der heutigen Pluralität von Lebens- und Familienformen in der Verbindung mit nationalistischen und ausgrenzenden Positionen verweisen eindeutig auf autoritäre Gesellschafts- und Politikentwürfe. Bemerkenswert ist die Positionierung gegen den gesellschaftlichen Wandel, der die Individualisierung und tendenzielle Auflösung traditioneller, auch familialer, Abhängigkeiten beeinhaltet. Die Frage ist, ob sich tat-

sächlich politische Mehrheiten für das Zurückdrehen emanzipatorischer Prozesse finden lassen, wie es die erklärte Absicht der AfD ist.
Die AfD steht ihrer Programmatik gemäß also einerseits für eine große Klarheit bezüglich der Geschlechterrollen und sexuellen Orientierungen: Die vorgeblich natürliche Ordnung soll im erneuten Aufleben traditioneller Rollenmuster bestätigt werden. Andererseits sind die Widersprüche offensichtlich, wenn gleichzeitig Chancengleichheit propagiert und Individualisierung abgelehnt werden. Diese Widersprüche eröffnen aber Interpretationsspielräume in Bezug auf die politische Programmatik der AfD, die möglicherweise dazu beitragen, dass Frauen sich von dieser Programmatik angesprochen fühlen. Während die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts für Frauen über ihren Körper vermutlich nur bei sehr wenigen Frauen Zustimmung finden wird, sieht dies bei der Ablehnung von Quotenregelungen und Betonung der Chancengleichheit anders aus, darauf weisen erste Studien zu Wahlverhalten und WählerInnenmotivation hin (Siri/Lewandowsky 2015, 18). Möglicherweise taugt die Klarheit und die vermeintlich sichere Ordnung angesichts weltpolitischer Umbrüche und als bedroht angesehener wirtschaftlicher und sozialer Statuspositionen für Frauen wie für Männer als Orientierung und Identifikationsangebot – wenn auch für erstere in weit geringerem Ausmaß, wenn wir hierfür die Zahlen der weiblichen Mitglieder und Wählerinnen heranziehen.
Der anhand der Analyse dieses Fallbeispiels vorgenommene selektive Blick auf eine Inszenierung des Autoritären im Sinne der oben skizzierten Begrenzung und Einschränkung politischer Handlungs- und Urteilsmacht und antipluralistischer Gesellschaftsentwürfe kann einen ersten Einblick in diese autoritären Machteffekte bieten, die sich anhand spezifischer Verschränkungen verschiedener Diskursstränge in der Programmatik und Kommunikation der Partei zeigen lassen.

Die Normalisierung hegemonialer Diskurse des Autoritären

Wie autoritäre Diskurse an Einfluss gewinnen, indem sie an vorhandene konservative Familienbilder und Geschlechterrollen anknüpfen, wurde im vorausgegangenen Beispiel gezeigt. Wie diese konservativen Familienbilder und Geschlechterrollen systemübergreifend transportiert werden und wie dadurch autoritäre Praxen normalisiert werden, wird im folgenden Beispiel zur chilenischen Transition aufgegriffen. Regime-Transitionen kommen in der vergleichenden Demokratieforschung große Aufmerksamkeit zu, da davon ausgegangen wird, dass hier ausgehandelt wird, inwiefern Institutionen von autoritären Regimen „geerbt“ und inwieweit die zivile Kontrolle, z.B. über die Streitkräfte, eingeschränkt bleibt (Fuentes 2000, 112). Die Rolle der Zivilgesellschaft wird dabei bisher vor allem von der Bewegungsforschung in den Blick genommen (Forstenzer 2017). Ein weiterer Forschungsstrang beschäftigt sich mit der institutionellen Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in Versöhnungspolitiken, also den Umgang mit Menschenrechtsverletzungen und staatlicher Gewalt unter den autoritären Regimes (Hiner/Azócar 2015). Der Ebene

der Diskurse und Praxen in diesen Aushandlungsprozessen und der Mobilisierung der Zivilgesellschaft kommt bisher eher geringeres Augenmerk zu und bildet aus diesem Grund den Schwerpunkt unserer Reflexion.

Grundlage des Fallbeispiels sind Primärstudien zur Rolle von Frauenbewegungen in der Transition sowie eine Sekundärauswertung von Reden und Interviews von Bewegungsmitgliedern und Mitgliedern des Transitionsregimes. Das Fallbeispiel fokussiert in einem ersten Schritt auf einen konkreten Gesetzgebungsprozess, das Gesetz zur häuslichen Gewalt, da hier besonders deutlich wird, wie das konservative Familienleitbild aus der Diktatur im demokratischen Kontext normalisiert wurde. In einem zweiten Schritt wird die Rolle der Frauenbewegungen im Transitionsprozess in den Blick genommen. Dazu wird zunächst die Ausgangssituation von Frauenbewegungen zu Ende der Diktatur dargestellt. Darauf aufbauend wird untersucht, wie die Frauenbewegung sich nach dem Ende der Diktatur spaltete und wie dies mit einer Normalisierung autoritärer Diskurse einherging.

Chile als Transitionsgesellschaft wird unter den Ländern Lateinamerikas häufig Modellcharakter zugeschrieben. Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Performanz werden als vorbildlich angesehen (Hillebrand 2004). Chile gilt als konsolidierte Demokratie und Beispiel erfolgreicher Systemtransformation (Merkel 2010). Als 1989 Patricio Aylwin als erster demokratisch gewählter Präsident nach 16 Jahren Militärherrschaft die politische Führung in Chile übernahm, wurde die letzte Militärdiktatur im südlichen Teil Lateinamerikas abgelöst. Jedoch wirken autoritäre Ideologien in den Subjekten, Mentalitäten und Institutionen nach und bestimmen das Handeln und Denken der Menschen.

Den chilenischen Frauenbewegungen wird in der Transition zur Demokratie eine wichtige Rolle zugeschrieben. Sie werden als eine der wenigen Bewegungen betrachtet, denen während der Militärdiktatur politisches Agieren möglich war, da zivilgesellschaftliche Organisation innerhalb von Parteien und Gewerkschaften gewaltsam unterdrückt wurde (Boris 1998). Die Motive der sich während der Militärdiktatur organisierenden Frauen werden dabei sehr unterschiedlich eingeschätzt. Zum einen formierten sich Frauen unterschiedlichster Schichten rund um die Organisation von Suppenküchen in Elendsvierteln (ebd.). Zum anderen nahmen Frauen mehr und mehr die Rolle der Verdienerinnen ein, da viele Männer während der Militärdiktatur ‚verschwanden'. Auch schuf die neoliberale, exportorientierte Politik neue Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, vor allem im Agrarsektor. Gegen Ende der Militärdiktatur organisierten sich diese Landarbeiterinnen in ihrem Kampf für bessere Arbeitsrechte (Tinsman 2000). Ein weiteres Motiv der sich organisierenden Frauen war der Protest gegen Menschenrechtsverletzungen und die Suche nach den Verschwundenen.

Die Formierung von Frauenbewegungen blieb durch das Militärregime nicht unbeobachtet. Um alternative Ordnungsvorstellungen zu unterdrücken, Anti-Regimetendenzen auszuhebeln und die Geschlechterverhältnisse zu kontrollieren, schuf Augusto Pinochet das Nationale Frauensekretariat (SERNAM) mit seiner Ehefrau

Lucia Hiriart an der Spitze sowie mehreren Ehefrauen von Offizieren und Frauen der Oberschicht in der Verwaltung (Chuchryk 1994; Thomas 2016). Dieses sollte Legitimation für das Militärregime generieren und Pinochets Vision der ‚Patriarchalen Familie' als Ordnungsvorstellung verbreiten.

In dieser Vision sollten sich Frauen in ihren Interessen auf die Bereiche Familienangelegenheiten, patriotische Kindererziehung, Wohlfahrt und Armutsbekämpfung konzentrieren (Thomas 2016). Dieses Rollenkonzept war im Übrigen nicht genuin der Militärdiktatur eingeschrieben, sondern bereits unter Salvador Allende befördert worden, wie das Beispiel der Landrechte zeigt. „Give land to the man who works it" war die Parole, die unter Allende von den führenden Parteien ausgegeben wurde, womit geschlechtsspezifische Landrechte institutionalisiert wurden (Tinsman 2000, 158). Zusammenfassend kann für die Zeit gegen Ende der Militärdiktatur festgestellt werden, dass eine breite Frauenbewegung existierte, die Forderungen an das Militärregime stellte, und dass das Militärregime darauf mit der Gründung des SERNAM als erster Institution staatlicher Geschlechterpolitik antwortete.

Pinochet verlor 1988 ein von ihm selbst festgelegtes Referendum, das ihm eine zweite „Amtszeit" gesichert hätte. Der Weg für Chiles Transition zur Demokratie war somit geöffnet. Das konservative Geschlechter- und Familienbild der Diktatur wurde aber über dieses Referendum hinweg tradiert und erfuhr in den ersten Jahren der Transition eine Normalisierung:

Das Hauptaugenmerk der ersten demokratisch gewählten Transitionsregierung unter Aylwin lag auf der Politik der Vergangenheitsbewältigung. Schon hier zeigte sich eine Tradierung konservativer Geschlechterbilder. Da er durch zahlreiche Prärogativen, die die Militärs immer noch besaßen, extrem eingeschränkt und unter Druck war, wählte Aylwin den Diskurs der Reconciliación (Versöhnung), um eine Menschenrechtspolitik durchzusetzen, die an Versöhnung und Vergebung orientiert war.[1] Damit einher ging auch die Definition Aylwins, dass die Transition mit der ersten demokratischen Wahl abgeschlossen sei und der Blick nun in die Zukunft gerichtet werden müsse (Forstenzer 2017). Menschenrechtsverletzungen sollten nur „as far as possible" verfolgt werden (Hiner/Azócar 2015, 57). Vor allem die katholische Kirche konnte hier ihre Nähe zur Christlich-Demokratischen Partei nutzen und ihre Vision des Wiederaufbaus durchsetzen. Es waren also vor allem AkteurInnen der Kirche und der konservativen Parteien, die den Diskurs des ‚Renacimiento', der Wiedergeburt Chiles, prägten. Für diese galt es, in den Konsens einzulenken – Opfer politischer oder sexualisierter Gewalt sowie von Misshandlungen und anderen kriminellen Taten, die nicht mit dem Tod endeten, wurden aus dem ersten Report über die Verbrechen der Diktatur, dem sogenannten Rettig-Report, ausgenommen. Entsprechend entstand in dem Report das Bild einer Diktatur, die sich vor allem an Männern vergangen hatte (Hiner/Azócar 2015). Dass Frauen während der Militärdiktatur auch selbst Akteurinnen des politischen Widerstands waren und massive Menschenrechtsverletzungen erlitten, wird in den Debatten, die diese Entwicklung begleitet haben, meist ausgeklammert (ebd.).

Bei der Vorstellung des Reports mahnte Aylwin nochmals die Formel der Versöhnung an:

> For the good of Chile we must look to the future that unites us more than the past that separates us. (…) Forgiveness requires regret by one party and generosity by the other (zit.n. Hiner/Azócar 2015, 57).

Der Diskurs der Versöhnung und des Konsenses führte dazu, dass auch andere Bereiche der Geschlechterpolitik der Diktatur weitergeführt bzw. nicht angetastet oder sogar mit liberalen Normen verbunden wurden. Dies zeigt sich am Gesetzgebungsprozess zur häuslichen Gewalt gegen Frauen. Ein entsprechendes Gesetz in diesem Bereich war ein Hauptanliegen feministischer Organisationen in den ersten Jahren der Transition (Haas 2010). 1994 war die Inter-Amerikanische Konvention zur Verhinderung, Bestrafung und Eliminierung von Gewalt gegen Frauen verabschiedet worden. Dies erhöhte auf die chilenische Regierung den Druck von feministischen Aktivistinnen, in diesem Bereich aktiv zu werden, hatte Aylwin doch den Abbau von Gewalt gegen Frauen auf seine Reformagenda gesetzt. Als jedoch die Sozialistische Partei einen entsprechenden Gesetzesvorschlag einbrachte, wurde sie vom Senat zur Kooperation mit dem SERNAM aufgefordert (Haas 2010). Das SERNAM wandelte den Entwurf in einen Gesetzesentwurf zur Prävention und Bestrafung „familiärer Gewalt" um, denn die Familie (und die Frau darin mit ihrer ‚natürlichen' Rolle) galt es zu schützen (Ríos Tobar2007). An dem Terminus „familiäre Gewalt" störten sich wiederum rechte Parteien, da dieser die Institution der Ehe als natürliche Ordnung in Frage stelle (Hiner/Azócar 2015).

Auch hier löste Aylwin das Dilemma, indem er eine Nationale Familienkommission gründete. Wie schon bei der Rettig-Kommission bestand das Ziel darin, einen Konsens herzustellen und ExpertInnen einzubinden. Es sollte also vermieden werden „to go to the press, get involved in controversies or produce spectacular effects. Rather, it is a commission like the Rettig Commission, which accomplished its mission well, that aims to work in silence and with due gravitas" (zit.n. Hiner/Azócar 2015, 62).

Als schließlich der Gesetzesentwurf 1993 in den konservativen Senat ging, wurde der Begriff der familiären Gewalt endgültig antifeministisch konnotiert: „(T)here is no worse family violence than abortion and divorce", konstatierte Senator Eugenio Cantuarias von der rechtsgerichteten UDI, und der Senator der regierenden Christdemokratischen Partei, Nicolas Díaz, äußerte eine Meinung, die noch heute die Diskussion um Frauenrechte und Abtreibung in Chile prägt: „(T)he most brutal violence is that used to assassinate a child in the uterus" (zit.n. Hiner/Azócar 2015, 62-63). Aus einem feministischen Reformvorschlag war somit eine Diskussion entstanden, die antifeministischen Diskursen prominenten Platz einräumte.

Wie war diese Normalisierung antifeministischer und konservativer Leitbilder möglich angesichts einer breiten Landschaft an feministischen Organisationen und Frauenbewegungen, die maßgeblich zum Ende der Pinochet-Diktatur beigetragen hatten? Erstens diente der gemeinsame Feind Pinochet als Bindemittel zwischen den

äußerst heterogenen Frauenbewegungen. Viele linke Aktivistinnen hatten aber bereits während der Diktatur enge Verbindungen mit den linken und Zentrumsparteien. Diese enge Verbindung mit dem Staat rief bei vielen kleineren radikalen Organisationen Protest hervor und führte zur Spaltung der Bewegungen.

Zweitens führte die Institutionalisierung von Frauenpolitik in ExpertInnenkommissionen und Gremien wie dem SERNAM zur Errichtung eines Staatsfeminismus. Vor allem die „Institutionalistinnen" (Forstenzer 2017, 171, Übers. PG/SiS/GW) unter den Aktivistinnen wurden hier aufgenommen. Ihre Strategie war, feministische Forderungen an die vorherrschenden Machtverhältnisse und Narrative über Gesellschaftsverhältnisse anzupassen. Wie die Analysen zur jüngsten Regierungsperiode der derzeitigen Präsidentin Bachelet (2014-2018) zeigen, haben sich diese Diskurse und die Institutionalisierung von Frauenpolitik als ExpertInnenpolitik bis heute in die chilenische Geschlechterpolitik eingeschrieben. So klagen führende Frauen- und Indigenenorganisationen, SERNAM betreibe nach wie vor Familienpolitik auf Kosten der Frauenrechtspolitik. Intersektionalität von Diskriminierung durch Rassisierungen und Geschlecht werde in den offiziellen Politiken komplett ausgeblendet (CEDEM et al. 2012).

Drittens zeigt Marques-Pereira (2005) auf, dass viele junge Frauen nach dem Ende der Diktatur ihr Engagement auf Organisationen fokussierten, die eher dem traditionellen Geschlechterrollenbild entsprachen, z.B. Elternorganisationen und religiöse Vereinigungen. Frauen waren nur selten Parteimitglieder oder arbeiteten aktiv dort mit. Marques-Pereira stellt für die Transition insgesamt ein politisches Desinteresse bei jungen ChilenInnen fest, was sie u.a. an der geringen WählerInnen-Registrierung festmacht, d.h. ein großer Teil der jungen ChilenInnen verzichtete auf das Wahlrecht.

Viertens führte der Fokus auf die institutionalisierte Bearbeitung der Gewalt unter der Diktatur dazu, dass die alltägliche Verankerung von Gewalt und Unterdrückung in der chilenischen Gesellschaft im Dunkeln blieb: „After so many years of violent dictatorship, we as a society were inclined to blame the military and thus were unable to recognize the daily violence in our families" (Bacigalupe 2000, 438).

Zusammenfassend ergeben sich aus dem chilenischen Beispiel folgende Punkte, die den autoritären Diskursen jenseits kultureller Besonderheiten, geographischer Arenen und historischer Perioden gemein sind: zum einen die Normalisierung eines zentralen, hegemonialen Diskurses über Gesellschaftsverhältnisse und den Umgang mit der autoritären Vergangenheit, der mittels der narrativen Figur des Wiederaufbaus die Gesellschaft als Ganzes konstruiert. Im Zentrum steht die Volksmetapher im Sinne einer totalen, hegemonialen Einheit, welche Differenzen, wie abweichende Geschlechterbilder oder Identitäten (z. B. indigener Gruppen wie der Mapuche[2]) ausschließt. Einher geht damit zum anderen die De-Thematisierung geschlechtlicher, struktureller Ungleichheiten sowie die Negierung multipler Subjektformationen auf der Grundlage von Gesetzes- und Verfassungstexten, politischen Programmatiken und seitens der Medien. Stattdessen dominiert schließlich die Konstruktion

geschlechtlicher Subjekte und hegemonialer Subjektformationen. Diese orientieren sich an traditionellen Leit- und Rollenbildern und werden über Diskurse zur Gleichstellung, Menschenrechten und Staatsbürgerschaft hegemonial.
Diese Normalisierung wird ermöglicht durch eine Spaltung der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Beziehung zum Transitionsstaat. Die Institutionalisierung von Geschlechterpolitik und die Besetzung politischer Ämter durch Aktivistinnen werden in der Phase der Transition durch eine extreme Einengung von Frauen- und Geschlechterpolitiken auf das vorherrschende Narrativ erkauft.

Fazit: Das Autoritäre als hegemoniales geschlechtliches Machtdispositiv

In einer radikaldemokratischen Vorstellung gilt die politische Gesellschaft als eigentlicher Ort der Demokratie. Im Gegensatz dazu zeigt sich das Autoritäre als eine Form der Entpolitisierung, Erosion und Ablehnung von Gesellschaft als Basis demokratischer Geschlechterverhältnisse und macht den Staat zu einem zentralen Schauplatz für eine protektionistische, universale und wertegebundene Politik. Werden in autoritären Diskursen und Praxen die gesellschaftlichen Verhältnisse generell zu einer abhängigen Variablen staatlicher Legitimierung und Politik, zeigt sich die Einschreibung von Geschlechterverhältnissen als Machtverhältnisse vor allem anhand von Legitimierungsansprüchen und -prozessen, die Rechts- und Partizipationsansprüche mit bestimmten Vorstellungen zu Familie, Ehe und Chancengleichheit koppeln und heterogene soziale Forderungen mit fremdenfeindlichen, rassistischen und sexistischen Ansprüchen zurückweisen. Die Chancen, hegemoniale Verständnisse und Auffassungen in öffentlichen Diskursen aktiv zu dekonstruieren und mit pluralen Auffassungen und differenten Forderungen zu ergänzen, um den politischen Handlungsraum für vielfältigere kulturelle, öffentliche und zivilgesellschaftliche Praxen zu erweitern, werden zunehmend und repressiv zurückgedrängt. So zeigen die Fallbeispiele, dass in den Diskursen unterschiedliche Rollenbilder und Praxen aufgegriffen und damit diverse Identitätsangebote gemacht werden, die sich zwischen das oben geschilderte bi-kategoriale Bild von Demokratie und Autokratie drängen. Geschlechterordnungen werden durch ökonomische Rationalitätsprinzipien („genderideologische Wendungen“) oder durch Appelle an die nationale Einheit legitimiert. Dabei weisen beide Fallbeispiele auf die Schlüsselstellen demokratischer Öffnung (Chile) und demokratischer Schließung (AfD) hin. Diesen Schlüsselstellen kommt in der Etablierung autoritärer Diskurse und Praxen eine wichtige Rolle zu. Denn es geht – neben der „Vervielfachung eines politischen Raums“ (Laclau/Mouffe 1991, 242) – auch jeweils um dessen Verkleinerungen bzw. Vergrößerungen. Und in beiden Fällen werden alternative, die vermeintliche „Stabilität“ bedrohende Rollenbilder und Praxen ausgegrenzt. Die Folge ist nicht nur eine tiefgreifende Spaltung zwischen legitimen und illegitimen Formen geschlechtlicher Identitäten, Lebensentwürfen und Handlungspraxen; vielmehr erweist sich aus feministisch-politikwissenschaftlicher Perspektive die Re-Inszenierung geschlechtlicher Subjekt- und

Identitätskonstruktionen unter Zurückweisung ihrer Partikularität und Ausschluss ihrer differenziellen Grundlagen als eigentliches Wesensmerkmal des Autoritären.

Anmerkungen

1 Zwar wandte Patricio Aylwin, die Strategie der Nichtkooperation mit den Militärs an und versuchte, die konstitutionelle Macht der Militärs, d.h. die autoritären Enklaven innerhalb der demokratischen Verfassung, zu beschränken. Als Aylwin aber die Rettig-Kommission einsetzte, die die Menschenrechtsverletzungen untersuchen sollte, führte dies zum Dia de Enlace, d.h. Pinochet ordnete als Reaktion auf die Institutionalisierung der Kommission unangekündigte Militärübungen im ganzen Land an (Fuentes 2000). Bei der Menschenrechtspolitik Aylwins wurden daraufhin Zugeständnisse gemacht.

2 Die Mapuche sind eine indigene Bevölkerungsgruppe, die vor allem in der Hauptstadtregion, der 8. und 9. Region Chiles sowie in Argentinien beheimatet ist.

Literatur

AfD, 2014: Mut zur Wahrheit. Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. Internet: http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/07/AfD_Leitlinien_2014_DE.pdf (1.11.2016).

AfD, 2016: Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Internet: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (1.11.2016).

Arendt, Hannah, 1991: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. 2. Auflage. München, Zürich.

Arendt, Hannah, 1993: Über die Revolution. München, Zürich.

Bacigalupe, Gonzalo, 2000: Family Violence in Chile. In: Violence Against Women. 6 (4), 427-448.

Boris, Dieter, 1998: Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Hamburg.

Boris, Dieter, 2016: Populismuskritik ohne Tiefgang. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 61 (8), 25-27.

Butler, Judith/**Laclau**, Ernesto/**Žižek**, Slavoj, 2013: Kontingenz, Hegemonie, Universalität. Aktuelle Dialoge zur Linken. Wien.

CEDEM/Corporaciones Homanas/Domos/OBSERVATORIO CIUDADANO/RED CHILENA CONTRA LA VIOLENCIA DOMÉSTICA Y SEXUAL/OBSERVATORIO DE GÉNERO Y EQUIDAD/CENTRO DE ESTUDIOS DE LA MUJER, 2012: Joint Submission: Comments and Contributions from Civil Society related to the Fifth and Sixth Periodic Report of the State of Chile, for the 53rd Session of the CEDAW Committee. Internet: http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CEDAW/Shared%20Documents/CHL/INT_CEDAW_NGO_CHL_53_8337_E.pdf (29.11.2016).

Chuchryk, Patricia M., 1994: From Dictatorship to Democracy: the Women's Movement in Chile. In: Jaquette, Jane S. (Hg.): The Women's Movement in Latin America. Participation and Democracy. Boulder, 65-108.

Decker, Frank, 2006: Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, 9-32.

Forstenzer, Nicole, 2017: Feminism and Gender Policies in Post-Dictatorship Chile (1990-2010). In: Donoso, Sofia/von Bülow, Maria (Hg.): Social Movements in Chile. New York, 161-189.

Foucault, Michel, 2000: Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M., 41-67.

Foucault, Michel, 2001: In Verteidigung der Gesellschaft. Frankfurt/M.

Fuentes, Claudio, 2000: After Pinochet. Civilian Policies Toward the Military in the 1990s Chilean Democracy. In: Journal of Interamerican Studies and World Affairs. 42 (3), 111-142.

Goetz, Anja, 2016: Feminismus von rechts? – Eine unbehagliche Frage. In: Femina Politica. 25 (2), 129-138.

Gramsci, Antonio, 1991: Gefängnishefte. Bd. 1-10. Hg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle. Berlin, Hamburg.

Haas, Liesl, 2010: Feminist Policymaking in Chile. University Park, PA.

Hartleb, Florian, 2012: Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). 62 (5-6), 22-29.

Hillebrand, Ernst, 2004: Chile – Auf der Suche nach einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. In: FES-Analyse. Januar 2004, 1-18.

Hiner, Hillary/**Azócar**, María José, 2015: Irreconcilable Differences. Political Culture and Gender Violence during the Chilean Transition to Democracy. In: Latin American Perspectives. 42 (3), 52-72.

Hinterhuber, Eva Maria/**Schneider**, Silke, 2017: Gender, Civil Society, and Non-Democratic-Regimes – A Literature Review. In: Wilde, Gabriele/Zimmer, Annette/Obuch, Katharina (Hg.): Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybryd Regimes. Leverkusen (i.E.).

Kemper, Andreas, 2014: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft. Berlin.

Kreisky, Eva/**Löffler**, Marion, 2003: Staat und Familie: Ideologie und Realität eines Verhältnisses. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 32 (4), 375-388.

Laclau, Ernesto/**Mouffe**, Chantal, 1991: Hegemonie und radikale Demokratie. Wien.

Marques-Pereira, Bérengère, 2005: Le Chili. Une Démocratie de Qualité pour les Femmes? In: Politique et Sociétés. 24 (2-3), 147-169.

Merkel, Wolfgang, 2010: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden.

Moffitt, Benjamin, 2016: The Global Rise of Populism. Stanford.

Mouffe, Chantal, 2000: The Democratic Paradox. London, New York.

Mouffe, Chantal, 2004: Umstrittene Demokratie. In: Gamm, Gerhard/Hetzel, Andreas/Lilienthal, Markus (Hg.): Die Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Perspektiven auf Arbeit, Leben und Politik. 13. Darmstädter Gespräche. Frankfurt/M., 71-76.

Müller, Jan-Werner, 2016: Schatten der Repräsentation: Der Aufstieg des Populismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 61 (4), 63-74.

Pateman, Carole, 1988: The Sexual Contract. Stanford.

Pateman, Carole, 1994: Der Geschlechtervertrag. In: Appelt, Erna/Neyer, Gerda (Hg.): Feministische Politikwissenschaft. Wien, 73-96.

Planert, Ute, 2000: Vater Staat und Mutter Germania: Zur Politisierung des weiblichen Geschlechts im 19. und 20. Jahrhundert. In: Planert, Ute (Hg.): Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne. Frankfurt/M., 15-64.

Rancière, Jacques, 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt/M.

Rancière, Jacques, 2015: Die nützlichen Idioten des Front National. In: Candeias, Mario (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien. Berlin, 42-46.

Ríos Tobar, Marcela, 2007: How Pink is the 'Pink tide'? Chilean Feminism and Social Democracy from the Democratic Transition to Bachelet. In: Nacla Report on the Americas. March, April, 25-29.

Schneider, Silke, 2014: Gender and Authoritarian Regimes – A Review. Zentrum für Europäische Geschlechterstudien. Working Paper Nr. 6. Internet: https://miami.uni-muenster.de/Record/171ef276-9e7e-4041-8936-dd393591b801 (26.1.2017).

Șerban, Henrieta Anișoara, 2014: Theoretical Argument. Totalitarian Discourse: The New Snow White/Society in the Discursive Wooden Mirror. In: Lams, Lugard/Crauwels, Geert/Șerban, Henrieta Anișoara (Hg.): Totalitarian and Authoritarian Discourses. A Global and Timeless Phenomenon? Bern, 15-38.

Siri, Jasmin/**Lewandowsky**, Marcel, 2015: Alternative für Frauen? Rollen, Netzwerke, geschlechterpolitische Positionen in der Alternative für Deutschland (AfD). Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung. Dezember 2015. Internet: www.weiterdenken.de/de/2015/12/17/alternative-fuer-frauen (1.8.2016).

Thomas, Gwynn, 2016: Promoting Gender Equality: Michelle Bachelet and Formal and Informal Institutional Change within the Chilean Presidency. In: Waylen, Georgina (Hg.): Gender, Institutions, and Change in Bachelet's Chile. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York, NY, 95-120.

Tinsman, Heidi, 2000: Reviving Feminist Materialism. Gender and Neoliberalism in Pinochet's Chile. In: Signs – Journal of Women in Culture and Society. 26 (1), 145-188.

Tocqueville, Alexis de, 1985: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart.

Wilde, Gabriele, 2012a: Totale Grenzen des Politischen: Die Zerstörung der Öffentlichkeit bei Hannah Arendt. In: Falsche Sicherheiten. Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen. Themenschwerpunkt der Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 21 (1), 17-29.

Wilde, Gabriele, 2012b: Autoritarismusforschung aus Geschlechterperspektive. Vortrag im Rahmen des Panels Autoritarismus: „Reloaded" oder hinfällig? Zur Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen in autoritären Regimen auf der Jahrestagung der Sektion Vergleichende Politikwissenschaft der DVPW am 31.3.2012 in Marburg.

Wilde, Gabriele, 2014: Der Kampf um Hegemonie. Potentiale radikaler Demokratie aus Geschlechterperspektive. In: Zeitschrift für Politische Theorie. Themenheft zu Chantal Mouffe. 5 (2), 203-216.

Wilde, Gabriele, 2017: The Authoritarian as Discourse and Practise – A Feminist-Poststructural Approach. In: Wilde, Gabriele/Zimmer, Annette/Obuch, Katharina (Hg.): Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybryd Regimes. Leverkusen (i.E.).

Wilde, Gabriele/**Schneider**, Silke, 2012: Autokratie, Demokratie und Geschlecht: Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen. Einleitung. In: Falsche Sicherheiten. Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen. Themenschwerpunkt der Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 21 (1), 9-16.

Žižek, Slavoj, 2011: Did Somebody Say Totalitarianism? Five Interventions in the (Mis)Use of a Nation. London.